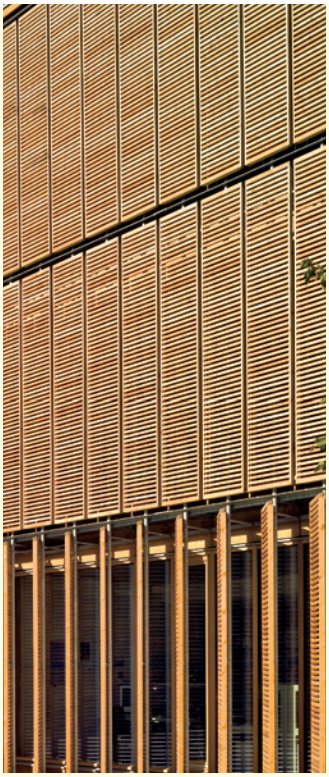


Vermögen und Bau Baden-Württemberg

Geschäftsbericht 2006

Baden-Württemberg

KROKODILHALLE
WILHELMA

Inhalt

Grußworte

3 Finanzminister Gerhard Stratthaus
Finanzministerium Baden-Württemberg

5 Ministerialdirigent Thomas Knödler
Leiter der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung
Baden-Württemberg

7 Direktor Armin-Hagen Berberich
Leiter des Landesbetriebs Vermögen und Bau
Baden-Württemberg

9 Der Landesbetrieb
Vermögen und Bau Baden-Württemberg
und seine Aufgaben

11 Immobilienmanagement

13 Gebäudemanagement

15 Baumanagement
16 Hochschulbau
18 Klinikbau
20 Bezirksbau

23 Staatliche Schlösser und Gärten

26 Fachaufgaben/Grundlagenarbeit
26 Bauberatung Dritter
26 Bedarfs- und Kostenplanung
27 Energiebericht 2000 bis 2004

28 Personal

29 Vergaben

31 Ausblick und Wirtschaftlichkeit

34 Haushalt

34 1 Bilanz
36 2 Gewinn- und Verlustrechnung
37 3 Anhang
37 3.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
38 3.2 Erläuterungen zur Schlussbilanz
41 3.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
44 3.4 Sonstige Angaben
45 4 Zustimmung des Finanzministeriums zur Schlussbilanz 2006
46 5 Anlagen des Landesbetriebs

Umschlag hinten Impressum
Klappe hinten innen Kontakt
Klappe vorne innen Karte der Standorte
Vermögen und Bau
Baden Württemberg

Finanzminister Gerhard Stratthaus

Finanzministerium Baden-Württemberg

Der Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg hat auch im zweiten Jahr seines Bestehens die positive Entwicklung fortgesetzt und die Wirtschaftlichkeit des staatlichen Bau- und Immobilienwesens weiter verbessert.

Die finanziellen Handlungsspielräume des Landes sind trotz steigender Steuereinnahmen nicht wesentlich größer geworden. Denn wir müssen gerade jetzt in Zeiten sprudelnder Steuerquellen die Chance nutzen, den Landeshaushaushalt nachhaltig zu konsolidieren. Nur so lässt sich vermeiden, dass beim nächsten Abschwung erneut Schulden gemacht werden müssen. Sämtliche Ausgaben sollen durch Einnahmen finanziert werden. Deshalb ist es wichtig, weiterhin kostenbewusst und wirtschaftlich orientiert zu denken und zu handeln. So bin ich erfreut, dass der Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg beim Grundstücksveräußerungsprogramm des Landes seine sehr guten Ergebnisse aus dem Vorjahr weiter gesteigert hat. Mit einem Verkaufserlös von 155 Mio. Euro wurde ein erheblicher Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erwirtschaftet.

In der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung wird mit den betriebswirtschaftlich orientierten Ansätzen und den Neuen Steuerungsinstrumenten sehr erfolgreich gearbeitet. Durch den Einsatz moderner Technik vom computerunterstützten Planen über die EDV-Programme zur Projektsteuerung bis hin zur Kosten- und Leistungsrechnung hat der Landesbetrieb die in diesem Bereich an ihn gestellten Anforderungen vorbildlich gelöst. Der Weg hin zu noch größerer Transparenz ermöglicht Regierung und Landtag eine bessere Steuerung in dem wichtigen Feld der staatlichen Vermögens- und Unterbringungsaufgaben.

Der Staat muss für den effektiven Einsatz von Haushaltsmitteln durch klare Auftragsvergabe und kompetente Auftragskontrolle sorgen. Er ist auch verantwortlich für eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Bereitstellung und Nutzung von Flächen für die öffentliche Aufgabenerfüllung. Diese vielfältigen Aufgaben erfüllen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg kompetent und zuverlässig.

Ich danke der Betriebsleitung und allen Beschäftigten für die sehr guten Ergebnisse und wünsche dem Landesbetrieb für die Zukunft weiterhin alles Gute und viel Erfolg!

Ministerialdirigent Thomas Knödler

Leiter der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung
Baden-Württemberg

Die Landesregierung hat im Juli 2005 das Klimaschutzkonzept 2010 für Baden-Württemberg beschlossen. Es handelt sich um ein umfassendes Initiativprogramm, mit dem das Land einen Beitrag zur Umsetzung der nationalen und internationalen Klimaschutzziele leistet. Die Energiesparmaßnahmen bei den landeseigenen Liegenschaften stellen einen wichtigen Baustein bei der Umsetzung dieses Programms dar.

Energiesparen ist eines der ganz wichtigen Zukunftsthemen. Deshalb werden wir bei allen Sanierungsmaßnahmen verstärkt auf einen möglichst geringen Energieverbrauch in unseren Gebäuden achten. Bei Neubauprojekten soll bereits in der Planungsphase das Thema Energiesparen eine noch größere Rolle spielen. Ferner werden wir erneuerbare Energieträger zukünftig stärker nutzen. Auch im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes wird der staatliche Hochbau eine ökologische und ökonomische Vorreiterrolle übernehmen. Nachhaltiges Bauen trägt dazu bei, in allen Phasen im Lebenszyklus eines Gebäudes den Verbrauch von Energie und anderen Ressourcen zu minimieren. Angesichts der rund 8.500 landeseigenen Gebäude ist dies von erheblicher Bedeutung und hat eine Vorbildwirkung über die öffentliche Verwaltung hinaus. Der Neubau des Instituts für Umweltmedizin und Krankenhaushygiene in Freiburg ist ein aktuelles Beispiel dafür, wie der Umweltschutzgedanke in hervorragender Weise berücksichtigt wird.

Die Staatliche Vermögens- und Hochbauverwaltung hat eine große Bandbreite von Aufgaben. Der Schwerpunkt unserer baulichen Tätigkeit liegt derzeit bei der Sanierung und Modernisierung der Hochschulgebäude. Es sind aber auch gezielte Investitionen in Zukunftsfelder des Hochtechnologie-Standorts Baden-Württemberg unverzichtbar. Mit dem Neubau für Funktionelle Nanostrukturen wird an der Universität Karlsruhe im Rahmen der Exzellenzinitiative ein absolut innovatives Forschungszentrum realisiert.

Im Immobilienmanagement wird die breit angelegte Veräußerungsstrategie fortgesetzt, weitere PPP-Verfahren werden auf den Weg gebracht. Denn bei den PPP-Ausschreibungen zur Justizvollzugsanstalt Offenburg und dem Justizzentrum Heidelberg hat sich gezeigt, dass hier Potenzial für eine wirtschaftliche Realisierung notwendiger Bauprojekte liegt. Um unsere Anforderungen an eine hochwertige Architektur und nachhaltige Technikkonzepte durchzusetzen, loben wir auch bei PPP-Verfahren in geeigneten Fällen Architektenwettbewerbe aus.

Mit den erzielten Ergebnissen hat der Landesbetrieb bewiesen, dass er für die anstehenden Aufgaben gut gerüstet ist.

Direktor Armin-Hagen Berberich

Leiter des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg

Auch im zweiten Jahr seit seiner Einrichtung hat sich der Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg bewährt. Im Bau- und im Vermögensbereich wurden mit insgesamt 985 Mio. Euro sechs Prozent mehr umgesetzt als im Vorjahr. Parallel dazu wurde die Anzahl der Mitarbeiter von 1.733 um drei Prozent auf 1.682 reduziert.

Weil der Erfolg jeder Einrichtung in hohem Maße durch die Zufriedenheit der Kunden und Mitarbeiter bestimmt wird, haben das Finanzministerium und die Betriebsleitung, entsprechende Befragungen veranlasst. Das Ergebnis ist sehr gut ausgefallen. Die Beschäftigten haben die Integration von Vermögen und Bau positiv angenommen. Dies freut mich ganz besonders, da die Integration von zwei früher getrennten Verwaltungen – der ehemaligen Staatlichen Liegenschaftsverwaltung und der ehemaligen Staatlichen Hochbauverwaltung – unterschiedliche Fachleute im Sinne einer gesamtheitlichen Denkweise zusammenbrachte.

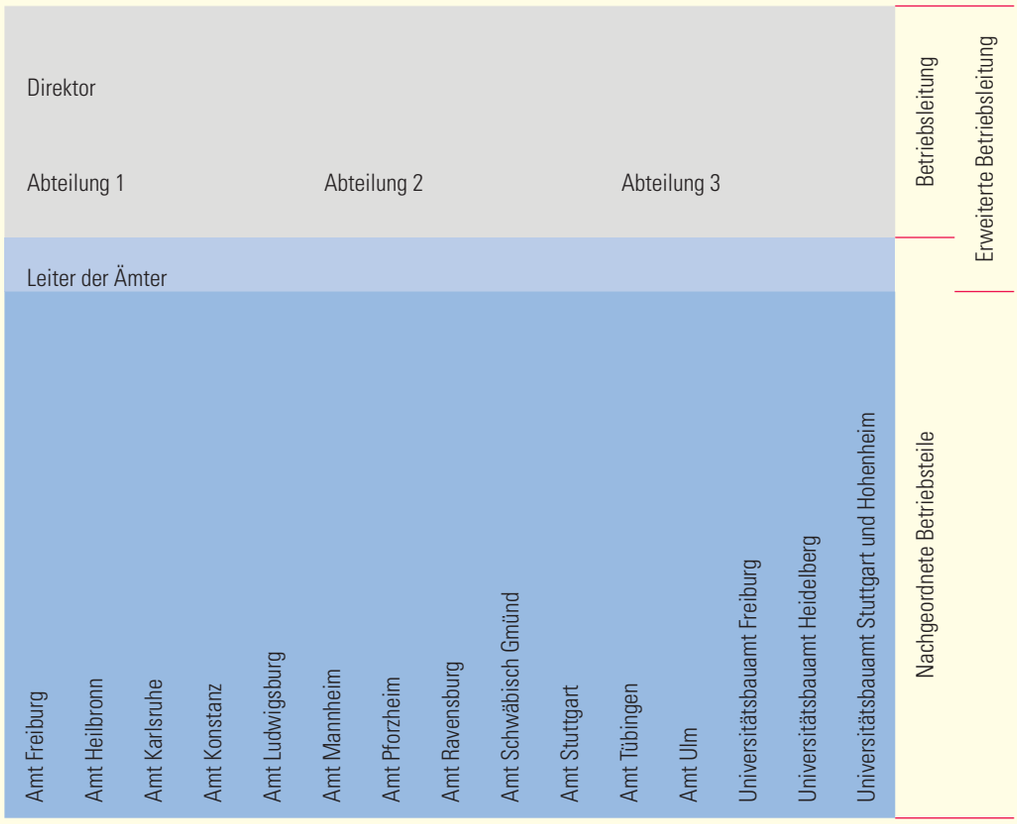
Die Befragung der Mitarbeiter hat ergeben, dass die Kundenzufriedenheit allen Beschäftigten wichtig ist. Der Dienstleistungsgedanke konnte somit flächendeckend verankert werden. Doch auch mit dem eigenen Arbeitsplatz sind die Beschäftigten mehr als zufrieden. Die eigene Tätigkeit, die interne Zusammenarbeit, die Arbeitsatmosphäre, das Betriebsklima und der kooperative Führungsstil im Landesbetrieb wurden als positiv bewertet.

Die Kundenbefragung hat bestätigt, dass der Dienstleistungsgedanke tatsächlich umgesetzt wird. Die Dienststellen aller Ressorts wurden danach befragt, wie sie die Arbeitsqualität der Ämter und die Freundlichkeit der Mitarbeiter einschätzen. Die Bewertung der Dienstleistungen sowie das Verhalten der Mitarbeiter wurden bei einer überdurchschnittlichen Kundenbeteiligung durchweg sehr positiv bewertet.

Auch im Bereich der Staatlichen Schlösser und Gärten wurde hervorragend gearbeitet. Trotz wirtschaftlich schwierigen Zeiten hat es der Landesbetrieb geschafft, die ihm anvertrauten Kulturschätze 3,2 Millionen Besuchern nahezubringen. Das entspricht einer Steigerung von drei Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Der Landesbetrieb will sich auf den erworbenen Lorbeeren nicht ausruhen und wird versuchen, sich weiter zu verbessern. Mit motivierten Mitarbeitern und seiner Kundenorientierung ist der Landesbetrieb auch für die künftigen Aufgaben gut gerüstet.

Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg



Der Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg und seine Aufgaben

Der Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg ist Teil der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung Baden-Württemberg im Geschäftsbereich des Finanzministeriums.
Er besteht aus der Betriebsleitung mit Sitz in Stuttgart und 15 nachgeordneten Betriebsteilen – den Ämtern, die für die Aufgaben vor Ort zuständig sind. Vermögen und Bau Baden-Württemberg ist unternehmerisch ausgerichtet, rechtlich unselbstständig und organisatorisch von der unmittelbaren Landesverwaltung getrennt. Der Landesbetrieb übt die Eigentümer- und Bauherrenfunktion für alle dem Geschäftsbereich des Finanzministeriums zugeordneten Landesimmobilien mit einem Gesamtwert von über 20 Mrd. Euro aus. Er ist vor allem für die Unterbringung der Behörden und Einrichtungen des Landes zuständig. Bei der zentralen Wahrnehmung der Liegenschafts- und Bauaufgaben des Landes stehen Wirtschaftlichkeit und hohe Qualität an oberster Stelle. Als kompetenter Immobilien-Dienstleister entlastet Vermögen und Bau Baden-Württemberg die Nutzer von den für diese fachfremden Aufgaben.

Mit 1.682 engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreute der Betrieb im Geschäftsjahr 2006 rund 8.500 landeseigene Gebäude mit 9,5 Mio. m² Fläche, 35.000 ha Grundstücke und rund 1.900 Anmietungen mit einer Mietfläche von 1,3 Mio. m². Fachleute des Immobilien-, Gebäude- und Baumanagements bilden ein betriebswirtschaftlich ausgerichtetes Kompetenz- und Servicezentrum. Die Leistungen aus einer Hand umfassen den gesamten Lebenszyklus einer Immobilie. Außerdem betreut und präsentiert der Landesbetrieb die Staatlichen Schlösser und Gärten.

Neubau Institut
für Pathologie
Universitätsklinikum
Freiburg

Immobilienmanagement

Die Staatliche Vermögens- und Hochbauverwaltung schafft die räumlichen Voraussetzungen für die Aufgabenerfüllung des Staates. Der Betrieb vertritt das Land als Grundeigentümer und gewährleistet damit, dass bei der Verwaltung und Verwertung der Landesimmobilien das Gemeinwohlinteresse beachtet wird.

Veräußerungsoffensive und LIG

Im Jahr 2006 wurde mit einem Erlös von rund 155 Mio. Euro aus Immobilienverkäufen das Ergebnis des Vorjahres um rund 15 Mio. Euro übertroffen – obwohl bei anhaltender Verkaufstätigkeit die Objekte immer schwieriger zu vermarkten sind. Dies war möglich durch effizient arbeitende Projektteams, ein straffes Portfoliomanagement sowie eine kreative Clusterung der Objekte.

Der Immobilienbestand wurde durch den Verkauf der Objekte, die für Landeszwecke entbehrlich sind, weiter dem Bedarf angepasst. Im Rahmen einer breit angelegten Strategie wurden Immobilien vom Bauplatz über das Erbbaugrundstück bis hin zu entbehrlich gewordenen Verwaltungsreformobjekten veräußert. Dabei gab es in geeigneten Fällen Nachbietverfahren, um für das Land bestmögliche Preise zu erzielen.

Aus dem Verkauf von Erbbaugrundstücken wurden etwa 39 Mio. Euro und aus dem Verkauf von Baugrundstücken rund 18 Mio. Euro erzielt.

Der Verkauf entbehrlicher Verwaltungsreformobjekte und Wohnungsverkäufe führte zu Einnahmen von rund 34 Mio. Euro bzw. 9 Mio. Euro.

Die Zusammenarbeit mit der Landesimmobiliengesellschaft (LIG) hat gezeigt, dass bei dauerhaft für Landeszwecke benötigten Objekten „Sale-and-rent-back“-Lösungen nach Wirtschaftlichkeitsgrundsätzen nicht verfolgt werden sollten. Auf das Know-how der LIG soll nun bei der Vermarktung von Erbbaurechtsgrundstücken, Landkreisobjekten aus der Verwaltungsreform und gegebenenfalls landwirtschaftlichen Grundstücken zurückgegriffen werden.

Investorenmaßnahmen/ ÖPP-Modelle

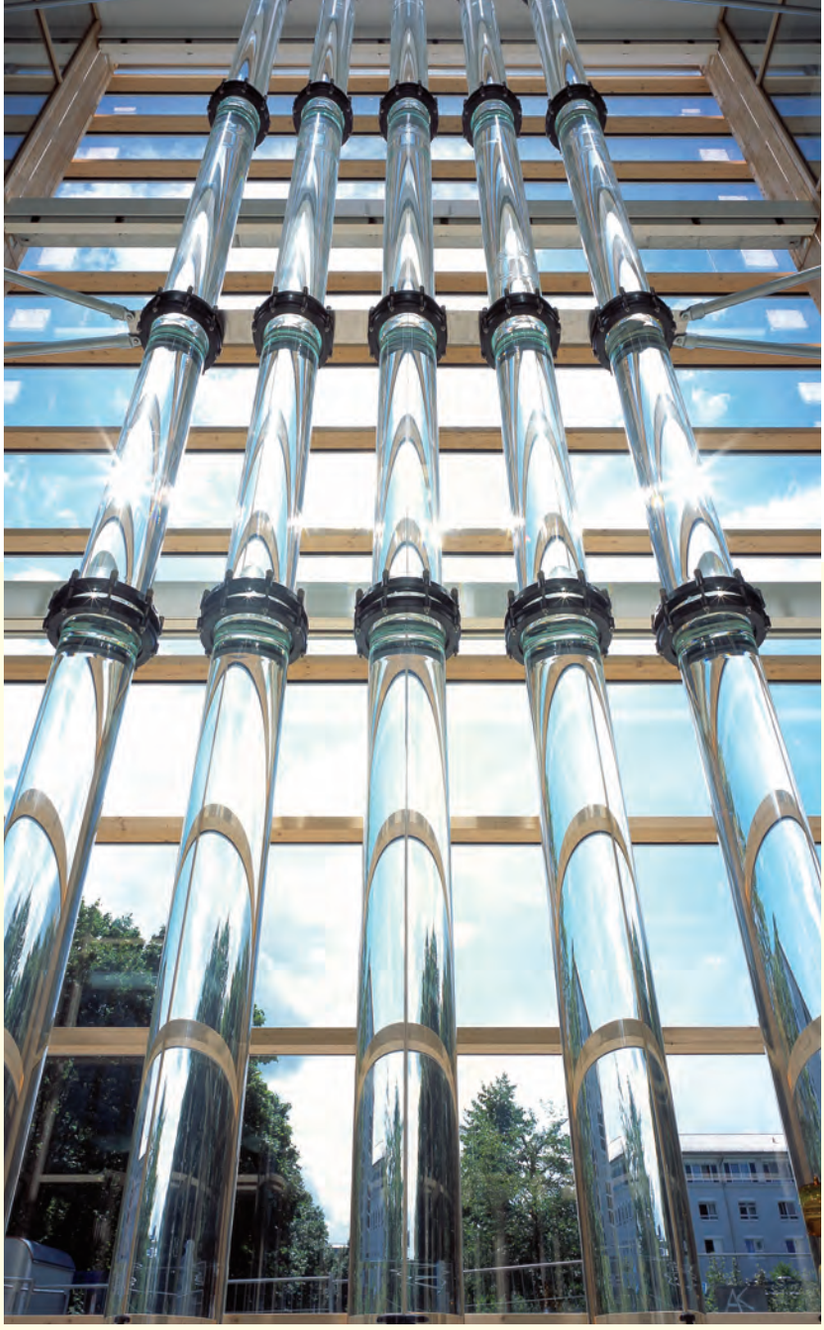
Als ein vom Immobilienmanagement durchzuführendes sogenanntes Öffentlich-Privates-Partnerschafts-Modell (ÖPP-Modell) konnte der Neubau der Justizvollzugsanstalt Offenburg erfolgreich an eine Firma vergeben werden. Auch das Justizzentrum Heidelberg wurde als ÖPP-Modell der zweiten Generation (also mit Betrieb) ausgeschrieben. Der Zuschlag wurde zwischenzeitlich erteilt.

Beide Projekte haben gezeigt, dass über transparente Vergabeverfahren sowohl wirtschaftliche als auch architektonisch ansprechende Unterbringungslösungen hoher baulicher Qualität gefunden werden können. Die vorgeschalteten Teil-

nahmewettbewerbe ermöglichten eine gezielte Suche nach leistungsfähigen Bietern, die für die Realisierung großer Bauprojekte und deren dauerhaften Betrieb verantwortlich sind. Auch die Erfahrungen und Lösungsvorschläge mittelständischer Unternehmen konnten im Rahmen der Investorenausschreibungen berücksichtigt werden.

Schließlich werden mit kombinierten Verfahren neue Wege beschritten. So werden in Abstimmung mit der Architektenkammer Baden-Württemberg Möglichkeiten gesucht, eine qualitativ hochwertige Architektur mit wirtschaftlichen und funktionalen Bau- und Finanzierungsmodellen zu verbinden. Für die Berufsakademie Heidenheim wurde nach vorausgegangenem Architektenwettbewerb ein Bieterwettbewerb ausgeschrieben, der dann die Grundlage für ein Verhandlungsverfahren zur Realisierung einer ÖPP-Maßnahme sein wird.

Das Immobilienmanagement ist als steuernde und koordinierende Stelle in ständigem Kontakt mit der Wirtschaft. Durch ein optimales und effizientes Ausschreibungs- und Vertragsmanagement können für das Land wirtschaftliche Lösungen realisiert werden.



Neubau Institut für Umweltmedizin und Krankenhaushygiene Universitätsklinikum Freiburg

Gebäudemanagement

Das Gebäudemanagement erbringt sämtliche technischen, infrastrukturellen und kaufmännischen Leistungen zur Aufrechterhaltung und Optimierung des Betriebs und der Bewirtschaftung der landeseigenen und angemieteten Grundstücke und Gebäude. Ein Schwerpunkt bildet die zentrale Steuerung und Durchführung des Beschaffungsmanagements mit einem jährlichen Volumen von rund 155 Mio. Euro – primär für Energie, Wartung und Reinigung.

Klimaschutzkonzept 2010

Die Landesregierung Baden-Württemberg hat 2000 entschieden, die CO_2-Emissionen im Zeitraum von 2000 bis 2010 um zwölf Mio. Tonnen pro Jahr zu reduzieren. Hieraus ergibt sich auch eine Verpflichtung des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg im Umgang mit den landeseigenen Gebäuden. Ziel ist es, die CO_2-Emissionen der landeseigenen Liegenschaften bis zum Jahr 2010 gegenüber dem Jahr 2000 um weitere zehn Prozent zu verringern. Die vorliegende Zwischenbilanz (Energiebericht) zeigt, dass dieses Ziel erreichbar ist. Der Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg hat sich verpflichtet, bei großen Neubau- und Sanierungsmaßnahmen den Einsatz erneuerbarer Energien zu prüfen und bei der Einrichtung oder Modernisierung von Heizzentralen die Verwendung von Biomasse als Energieträger in die Variantenuntersuchung einzubeziehen. Ökologische Gesichtspunkte werden schon seit 1993 mit einem inzwischen fortgeschriebenen fiktiven Umweltfaktor quantitativ berücksichtigt. Seit Mitte 2006 kann ein weitergehender Umweltbonus in Höhe von 20 Prozent der Investitionskosten im Rahmen der notwendigen Wirtschaftlichkeitsberechnung alternativ berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund führte die Wirtschaftlichkeitsberechnung z. B. beim Neubau der Justizvollzugsanstalt Offenburg mit 500 Haftplätzen zu der Entscheidung, Holzpellets als Brennstoff für die Wärmeerzeugung zu verwenden. Im Jahr 2006 wurden für Energiesparmaßnahmen an der Gebäudehülle landeseigener Gebäude 7,6 Mio. Euro und für Energiesparmaßnahmen an technischen Anlagen 7,7 Mio. Euro investiert. Durch diese Maßnahmen wurden im Jahr 2006 insgesamt 7.260 Tonnen CO_2 eingespart und damit der Zielwert von 5.000 Tonnen/Jahr übertroffen.

Energieverbrauch

Im Rahmen des Konzeptes zur verstärkten Betriebsüberwachung und Senkung der Betriebskosten wurden 2006 bei sechs Planungsvorhaben Energie-Sollwertvorgaben gemacht. Zur Betriebsoptimierung erfolgte 2006 bei vier Liegenschaften die sogenannte Erstkontrolle der Leistungs- und Verbrauchsdaten technischer Anlagen nach Übergabe an den Nutzer. Im Rahmen des 2006 begonnenen Pilotprojekts Energiepartnerschaft werden die Mitarbeiter einiger ausgewählter Verwaltungen über Energiesparmöglichkeiten am Arbeitsplatz informiert und zu Einsparungen moti-

Erweiterungsbau der
Kinderklinik Ulm

viert. Die beauftragte Klima- und Energieagentur Baden-Württemberg hat dazu in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Freiburg ein Nutzersensibilisierungskonzept entwickelt. Für die Württembergische Landesbibliothek in Stuttgart und das Naturwissenschaftliche Zentrum II in Stuttgart-Pfaffenwald wurden zwei neue Energiesparverträge abgeschlossen. Durch Investitionen der Contractoren von 2,4 Mio. Euro und einem Bauzuschuss des Landes können jährlich 2.600 Tonnen CO_2 eingespart werden.

Stromausschreibung

2006 wurde der Stromlieferbezug für den Lieferzeitraum 2007/2008 europaweit ausgeschrieben und vergeben. Die Ausschreibung erfolgte im Auftrag von 79 Nutzern (davon 66 externe Auftraggeber, z. B. zivile Bundesverwaltungen, Landesbetriebe). Die Ausschreibungsmasse von rund 3.300 Abnahmestellen mit einer Vergabemenge von 930 GWh wurde in sechs Regionallose und fünf Universitätslose aufgeteilt. Die Auftragssumme betrug brutto 137 Mio. Euro. Aufgrund der Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der hiermit verbundenen Genehmigungspflicht der Stromnetznutzungsentgelte durch die Bundesnetzagentur/Landesregulierungsbehörde wurde eine Preisanpassungsklausel entwickelt und erstmals in die Vertragsbedingungen eingearbeitet. Auf diese Weise wurde sichergestellt, dass das Land an der zu erwartenden Senkung der Netznutzungsentgelte partizipieren kann.

Schwerpunktuntersuchungen

Das Gebäudemanagement untersucht bei Objekten derselben Nutzungsart regelmäßig die gebäudebezogenen Soll-/Ist-Werte, um die Betriebskosten zu optimieren. Die Ergebnisse und ermittelten Einsparpotenziale werden in Broschüren zusammengefasst dargestellt. So wurden bereits Finanzämter und Gerichtsgebäude untersucht. 2006 wurde mit der Schwerpunktuntersuchung „Betriebskosten von Polizeidirektionen“ begonnen. Sie ist auf drei Jahre angelegt. Von den landesweit 36 Polizeidirektionen werden grundsätzlich alle Gebäude ab 1.000 m² Nutzfläche auf einen wirtschaftlichen Gebäudebetrieb sowie auf Optimierungsmöglichkeiten (investiver und nichtinvestiver Art) untersucht. Die ermittelten Optimierungsmaßnahmen werden nach Prüfung der Wirtschaftlichkeit umgesetzt.

Reinigungscontrolling

2006 wurden die steuerungsrelevanten Vertrags-, Kosten- und Leistungsdaten von 1.306 Reinigungsverträgen des Landesbetriebs in SAP ausgewertet. Die ämterübergreifenden Ergebnisse sowie die gebildeten Kennwerte wurden den Ämtern zur Verfügung gestellt. Zur gezielten Kostenminimierung werden die Daten künftig jährlich stichtagsbezogen ausgewertet.

Baumanagement

Erweiterungsbau der Kinderklinik Ulm

Kernaufgabe des Baumanagements im Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg ist die Planung und Ausführung von Baumaßnahmen einschließlich der Sanierungen sowie der Bauunterhalt zur Werterhaltung des Gebäudebestands. Dies schließt auch Grundsatzuntersuchungen zu Planungs- und Baufragen ein.

Bei allen Baumaßnahmen des Landes übernimmt die Staatliche Vermögens- und Hochbauverwaltung die Bauherrenfunktion oder wird im Auftrag von Dritten tätig. Dies betrifft z. B Baumaßnahmen mit Gesamtbaukosten bis vier Mio. Euro für die Universitätskliniken und Maßnahmen im Rahmen der Wirtschaftspläne der Landesbetriebe und der landeseigenen GmbHs.

Für baufachliche Leistungen beauftragt der Landesbetrieb überwiegend freiberuflich tätige Architekten und Ingenieure. Die Projektsteuerung, das Controlling und die Beratung der nutzenden Verwaltungen übernimmt grundsätzlich das eigene Personal. Auf diese Weise werden ein der Nutzung angemessener Standard in Verbindung mit hoher baulicher Qualität erreicht, ökonomische und ökologische Belange berücksichtigt und ein wertvoller Beitrag zur Pflege der Baukultur geleistet. Die fachkundigen Mitarbeiter gewährleisten insbesondere bei speziellen Bauaufgaben wie z. B. für Hochschulen, Polizei und Justiz oder im Umgang mit historischer Bausubstanz ein hohes Niveau.

Dem Ziel verpflichtet, durch hochwertige Architektur und nachhaltige Technikkonzepte einen qualitätvollen Beitrag zum Baugeschehen zu leisten, wurden für geeignete Vorhaben Architektenwettbewerbe ausgelobt. Die energetische Beurteilung der Entwürfe gewinnt zunehmend an Bedeutung und wird ausdrücklich gewertet. 2006 wurden im Hochschulbereich drei Wettbewerbe ausgelobt. Zudem ist der Wettbewerb „Menschenaffenhaus Wilhelma“ erfolgreich durchgeführt worden.

Im Bereich „Kunst am Bau“ wurden im Jahr 2006 Aufträge mit einem Gesamtvolumen von 604.000 Euro erteilt und ausgeführt. In der Regel erfolgt die Vergabe der Aufträge aufgrund von Wettbewerbsentscheidungen der Kunstkommission. Diese ist bei der Betriebsleitung angesiedelt.

Vermögen und Bau Baden-Württemberg betreut auch die Freianlagen. Der Landesbetrieb sorgt bei Neuanlagen für Planung und Durchführung, im Bestand für Unterhaltung und Pflege der Grünflächen. Dabei werden ästhetische, ökologische, naturschutzrechtliche und historische Faktoren berücksichtigt.

Für Baumaßnahmen hat der Landesbetrieb im Jahr 2006 480 Mio. Euro verausgabt.

Im Jahr 2006 wurden drei Projekte des Landesbetriebs beim Wettbewerb „Beispielhaftes Bauen“ ausgezeichnet.

Volumen des Bauhaushalts 2006

Bezirksbau gesamt	**155,2 Mio. Euro**
davon	
Große Baumaßnahmen	69,1 Mio. Euro
Kleine Baumaßnahmen	11,1 Mio. Euro
Bauunterhalt	75,0 Mio. Euro
Hochschulbau einschl. Universitätskliniken gesamt	**279,4 Mio. Euro**
davon	
Große Baumaßnahmen	208,7 Mio. Euro
Kleine Baumaßnahmen	10,6 Mio. Euro
Bauunterhalt	60,1 Mio. Euro
Wirtschaftsplan- und Drittmittel	**47,3 Mio. Euro**

Hochschulbau

Neubau 24-Stunden-Bibliothek
Universität Karlsruhe

Der Aufgabenbereich Hochschulbau umfasst

9 Universitäten
4 Universitätskliniken
42 nicht universitäre Hochschulen (Fachhochschulen, Kunsthochschulen, Musikhochschulen, Pädagogische Hochschulen)
3 sonstige Hochschulen (Polizei, Forst, Verwaltung)
5 Berufsakademien

Die Aufgabenschwerpunkte beim Planen und Bauen haben sich stark verändert. Nach Jahrzehnten des kontinuierlichen Auf- und Ausbaus der Hochschullandschaft und der intensiven Nutzung der hoch installierten Häuser steht nun die Sanierung und Modernisierung im Vordergrund. Die Bestandsflächen sollen optimiert, die technische Gebäudeausstattung erneuert werden. Neben der Konsolidierung des Gebäudebestandes sind aber auch gezielte Investitionen in Zukunftsfelder des Hochtechnologie-Standorts Baden-Württemberg unverzichtbar.

Neubau für die Informatik
Hochschule Furtwangen

Bedeutende Baumaßnahmen
Große Sanierungsbaumaßnahmen sind derzeit vor allem an Universitäten mit naturwissenschaftlicher Ausrichtung geplant oder werden bereits umgesetzt. Schwerpunkte bilden weiterhin die Universitäten Heidelberg (Biochemie, Chemie und Pharmazie), Konstanz (Biologie), Tübingen (Chemie), Freiburg (Biologie, Physiologie) und Karlsruhe (Chemie). Hinzu kamen im Jahr 2006 der Bereich der Biosystemanalyse an der Universität Freiburg und die Bereiche Physik und Mathematik an der Universität Karlsruhe.

Folgende wichtige Neubauten, mit denen entweder unwirtschaftlich gewordene Bausubstanz ersetzt oder Raum für neue Studiengänge bzw. Themenbereiche geschaffen wurden, konnten im Jahr 2006 abgeschlossen werden:

- Neubau Mensa Schwäbisch-Gmünd,
- Neubau 24-Stunden-Bibliothek Karlsruhe,
- Neubau Informatik Hochschule Furtwangen,
- Neubau der Fachhochschule Aalen.

Mit dem Neubau für Funktionelle Nanostrukturen wird an der Universität Karlsruhe im Rahmen der Exzellenzinitiative ein innovatives Forschungszentrum realisiert. Hoch installierte Spezialabore, Reinraumlabore und multifunktionale Ausstellungs- bzw. Veranstaltungsbereiche sind Teile dieses Projekts.

Klinikbau

Neubau Institut
für Pathologie
Universitätsklinikum Freiburg

Das Aufgabengebiet Klinikbau umfasst landesweit die vier Universitätskliniken in Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm. In den nächsten Jahren wird es beim Klinikbau besonders darauf ankommen, mit innovativen Planungs- und Technologiekonzepten dem steigenden Leistungs- und Kostendruck im Gesundheitswesen zu begegnen. Die Zunahme von Hightech-Geräteausstattungen in den Untersuchungs- und Behandlungsbereichen soll mit einer menschlichen, freundlichen Atmosphäre in den Aufenthalts- und Pflegebereichen ausgeglichen werden. Ziel ist, dem Patienten das Gefühl zu vermitteln, dass moderne Medizintechnik und freundlich gestaltete Räume keinen Widerspruch darstellen.

Neben mehreren Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen konnten auch einige Neubauten begonnen werden. Eine besondere Herausforderung aller Beteiligten sind die häufigen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen bei laufendem Betrieb.

Bedeutende Maßnahmen

2006 konnte mit dem Neubau und der damit verbundenen Neuordnung der Medizinischen Klinik der Universitätsklinik Freiburg begonnen werden. Für Freiburg wird dieses Projekt ganz erhebliche Verbesserungen und Synergieeffekte innerhalb des Gesamtklinikums mit sich bringen. Der erste Bauabschnitt der Sanierung und Modernisierung der Frauenklinik Freiburg wurde in diesem Jahr fertiggestellt. Gleichzeitig konnten die Planungen für den noch anstehenden zweiten Bauabschnitt beginnen. Außerdem wurden in Freiburg der Neubau des Instituts für Pathologie sowie der Neubau für Umweltmedizin und Krankenhaushygiene fertiggestellt und in Betrieb genommen.

In Heidelberg nimmt die Verlagerung des Zentrums für Frauengesundheit mit der Planung eines ersten Bauabschnitts konkrete Formen an. Die Ausführung des Neubaus der Kinderklinik liegt im Zeitplan. In der Psychiatrischen Klinik konnte mit den Sanierungsmaßnahmen begonnen werden.

Der Neubau eines Laborgebäudes für die Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde in Tübingen erhielt die Baufreigabe. Ein Masterplan soll Möglichkeiten für die künftige bauliche Entwicklung der Medizinischen Klinik in Tübingen auf dem Schnarrenberg aufzeigen. In Planung befinden sich in Tübingen auch der dringend erforderliche Erweiterungsbau und die Neuordnung der Psychiatrischen Klinik.

Beim Neubau der Chirurgie und Dermatologie Ulm hat das Universitätsklinikum die Bauherrenfunktion übernommen. Der Landesbetrieb erbringt bei dieser anspruchsvollen und komplexen Baumaßnahme die Projektsteuerung. Die letzten Bauabschnitte der Sanierung und Erweiterung der Ulmer Urologischen Klinik auf dem Michelsberg werden ausgeführt. Fertiggestellt werden konnte 2006 der Erweiterungsbau der Kinderklinik Ulm.

Neubau Lehrgebäude
Pharmazeutische Biotechnologie
Hochschule Biberach

Bezirksbau

Bauliche Maßnahmen für vielfältige Nutzer aus allen Fachressorts bestimmen den Bezirksbau. Das Spektrum reicht von Neu- und Umbauten bis zu Bauunterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen. In Anbetracht sinkender Haushaltsmittel überwiegen solche Maßnahmen zur Substanzerhaltung, die mit einer Flächenmehrung verbunden sind. Immer wichtiger werden der Aspekt der denkmalpflegerischen Substanzerhaltung und der Schutz historisch wertvoller Bausubstanz.

Die Unterbringung der Ministerien und nachgeordneter Behörden stellt nach wie vor einen Schwerpunkt der baulichen Aufgaben dar. Auch die Verwaltungsreform mit der Integration der Sonderbehörden in die Landratsämter und Regierungspräsidien hat neue Anforderungen an das Unterbringungs- und Baumanagement gestellt. Geblieben ist vor allem die Bauzuständigkeit für die Justiz mit den Gerichten und Vollzugsanstalten, für die Innenverwaltung mit den Regierungspräsidien und den Polizeidienststellen sowie für die Finanzverwaltung. Bauliche Aufwendungen im Zusammenhang mit der großen Zahl von Sondereinrichtungen aller Ressorts bilden einen weiteren Aufgabenschwerpunkt. Baumaßnahmen an den kirchlichen Lastengebäuden sowie für Dritte runden das Aufgabenspektrum ab.

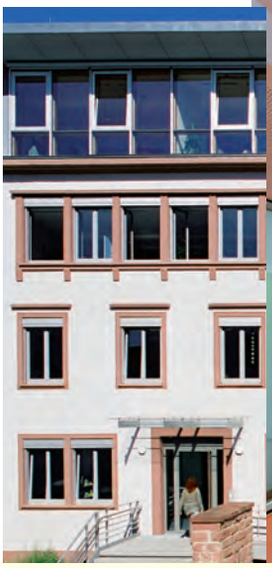
Gerichte

Die Sanierung und der Umbau von bestehenden, teilweise denkmalgeschützten Gerichtsgebäuden standen auch 2006 im Vordergrund der baulichen Aktivitäten. Durch die Konzentration der Registergerichte auf landesweit vier Standorte waren Erweiterungen notwendig, die sowohl durch Anmietungen, als auch durch Umbaumaßnahmen ermöglicht wurden. In Mannheim wurden innerstädtische Quartiersrandgebäude erworben und für die Zwecke des Landgerichts und Registergerichts umgebaut.

Justizvollzugsanstalten

Das größte Projekt, der mit 80 Mio. Euro veranschlagte Neubau einer Vollzugsanstalt in Offenburg, wurde durch ein ämterübergreifendes Planerteam auf Basis der Erfahrungen beim Neubau der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Hall als sogenannte A- und C-Ausschreibung vorbereitet. Aufgrund dieser alternativen Ausschreibung wurde der Zuschlag einer Investorenlösung erteilt.
Mit einem offiziellen Baggerbiss konnte Anfang Dezember 2006 der Baubeginn eingeleitet werden.
Bis 2009 sollen hier 440 Haft- und 60 Sozialtherapieplätze entstehen.

Umfangreiche Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen wurden in den Justizvollzugsanstalten Rastatt und Bruchsal und im Justizvollzugskrankenhaus auf dem Hohenasperg bei Ludwigsburg durchgeführt.



Polizeidirektion
Offenburg

Polizeigebäude
Strukturelle Änderungen durch die Verwaltungsreform hatten an vielen Standorten bauliche Maßnahmen zur Folge, insbesondere im Bereich der Polizeiposten. Im Frühjahr 2006 konnte das Richtfest für den Neubau der Polizeidirektion in Rottweil mit rund 12 Mio. Euro Gesamtbaukosten gefeiert werden. In Offenburg wurde nach mehrjährigem Umbau und Aufstockung ein Gebäude der ehemaligen La-Horie-Kaserne der Polizeidirektion übergeben. Ein benachbartes Gebäude war zur Schule umgebaut worden, sodass diese Anlage als gelungenes Beispiel für die erfolgreiche Umnutzung eines ehemaligen Militärstandorts gilt.

Allen Planungen für die Polizei liegen seit Jahren übergeordnete einheitliche Definitionen der Standards zugrunde. Zur Fortschreibung und Aktualisierung dieser Regelungen wurde eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Innenministeriums und des Landesbetriebs gebildet. Wesentliches Ziel ist es, den Regelungsbedarf ohne Vernachlässigung qualitativer, programmatischer und sicherheitstechnischer Standards auf ein unerlässliches Maß zu begrenzen. Weiterhin wird es auch darum gehen, die technischen Grundlagen für den Bau von Polizei- und Justizgebäuden den aktuellen Bedürfnissen der Nutzer und dem Stand der Technik anzupassen.

Baden-Baden
Kurhaus-Casino
Roter Saal

Vielfalt im Bezirk

Der Bezirksbau hat vielfältige Aufgaben, die sich an den Bedürfnissen der Nutzer orientieren. Die prominenten Bauten des Landes entlang der Kulturmeile der Landeshauptstadt Stuttgart werden umfangreich saniert: das Landtagsgebäude, das Haus der Abgeordneten und die Staatsgalerie. Der Umbau des Anlieferungsbereichs des Kulissengebäudes der Württembergischen Staatstheater konnte im Nachgang zum Neubau des Zentrallagers (Investorenmaßnahme) fertiggestellt werden. Die Neubauten für die Schweinezuchtanstalt in Boxberg wurden zum Teil bereits in Betrieb genommen. In Künzelsau wurde das Schlossgymnasium im Rahmen des IZBB-Förderprogramms zur Ganztagsschule umgebaut. In Baden-Baden erhielten die Säle des Spielcasinos eine umfangreiche Verjüngungskur.

Die bauliche Betreuung umfasst einen umfangreichen Denkmalbestand. Die Objekte der Staatlichen Schlösser und Gärten erfordern regelmäßige Investitionen und Sicherungsarbeiten. Im Jahr 2006 wurden z. B. die Fassbaukapelle des Heidelberger Schlosses, die Moschee und das Badhaus im Schwetzinger Schlossgarten saniert.

Staatliche Schlösser und Gärten

Die Staatlichen Schlösser und Gärten (SSG) bewahren, erhalten und pflegen das kulturelle Erbe. Sie präsentieren die Objekte kunden- und serviceorientiert und vermitteln durch Führungen mit Erlebnischarakter Wissen und Bildung. Dabei sollen die Objekte möglichst vielen Zielgruppen durch vielfältige, innovative Angebote in Kooperation mit verschiedenen Institutionen und Partnern zugänglich gemacht werden. Ziel ist es, die Finanzierung des laufenden Betriebs durch Einnahmen unter größtmöglicher Schonung der historischen Substanz zu erwirtschaften.

Vermögen und Bau Baden-Württemberg obliegt die Betreuung von über 250 landeseigenen Schlössern, Klöstern, Gärten, Burgen und Ruinen. Davon sind 51 für Besucher geöffnet und werden diesen von den Staatlichen Schlössern und Gärten oder deren Beauftragten mit Führungen oder anderen Besichtigungsangeboten präsentiert.

2006 haben rund 3,2 Mio. Besucher und damit 100.000 Besucher mehr als im Vorjahr an Besichtigungen, Führungen und Veranstaltungen in den Staatlichen Schlössern und Gärten teilgenommen. Die meist besuchten Objekte sind weiterhin das Heidelberger Schloss mit über eine Mio. Besuchern, Schloss und Garten Schwetzingen mit rund 600.000 und Schloss Ludwigsburg mit über 260.000 Besuchern. Die Einnahmen betrugen rund 12 Mio. Euro.

Treppenhaus
Schloss Mannheim

Höfisches
Scenario

Davon entfallen 6,8 Mio. Euro auf Eintrittsgelder und 4,9 Mio. Euro auf Vermietung und Verpachtung.

In 20 Objekten fanden knapp 4.000 Sonderführungen statt, an denen insgesamt 80.000 Besucher teilnahmen. Angeboten wurden 350 Themen. Das Erfolgsrezept für hohe Besucherzahlen ist eine Mischung aus kunst- und baugeschichtlichem Spezialwissen, kombiniert mit unterhaltsamen und spannenden Elementen, historisch interpretiert und mitunter als Rollenspiel umgesetzt.

Sonderveranstaltungen

Das 200-Jahr-Jubiläum der Erhebung Württembergs zum Königreich bot 2006 die Gelegenheit, die württembergischen Schlösser als „Königsschlösser“ und Schauplätze der Geschichte ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Das Jubiläumsprogramm der Staatlichen Schlösser und Gärten umfasste mit 18 verschiedenen Sonderführungsthemen in Ludwigsburg, Stuttgart und Bebenhausen das gesamte Spektrum von Napoleons erstem Besuch in Ludwigsburg bis zum Ende der Monarchie.

Als königliche Gartenanlagen wurden der Ludwigsburger Schlossgarten und die Wilhelma in Stuttgart herausgestellt. Der Südwestrundfunk (SWR) konnte für das Thema „Speisen wie ein König“ in Schloss Ludwigsburg gewonnen werden. Als festlichen Höhepunkt fasste eine szenische Veranstaltung im Ludwigsburger Schlosstheater das gesamte Jubiläumsprogramm zusammen.

Unter dem Titel „Hauptgewinn ein Schloss – Glück und Glanz der Hohenlohe“ fand vom 13. Mai bis 1. November 2006 im Schloss Weikersheim eine Sonderausstellung statt. Der 250. Todestag des für die Grafschaft Hohenlohe-Weikersheim überaus bedeutenden Grafen Carl Ludwig bot den Anlass für diese Veranstaltung.

In der ehemaligen Zisterzienserabtei Bebenhausen beleuchtete die Ausstellung „... der rechte Gottesdienst gelehrt ... Vom Mannskloster zur Knabenschule“ die zweieinhalb Jahrhunderte, in denen Bebenhausen Klosterschule war.

Im Jahr 2006 wurde das große Schlossprojekt Mannheim wesentlich vorangebracht. Neben den Innenausbauten konnten vor allem umfangreiche Restaurierungsmaßnahmen in die Wege geleitet und umgesetzt werden. Mit der Ausarbeitung der Schlossräume gelangte das Schlossprojekt in die Endphase. Unter dem Motto „Wachgeküsst“ wurde das Mannheimer Schloss in das öffentliche Bewusstsein gerückt.

Thronsaal
Schloss Mannheim

Historische Gärten

Erhebliche Aufwendungen galten auch 2006 der Pflege und Präsentation der historischen Gärten. Der bundesweite Schwerpunkt zum Tag des offenen Denkmals lautete „Rasen, Rosen und Rabatten“ und bot Anlass für zahlreiche gut besuchte Sonderführungen und Ausstellungen.

Herausragendes Ereignis war die Unterzeichnung des Antrags zur Aufnahme von Schwetzingen in die UNESCO-Welterbeliste. Das in den Managementplan eingearbeitete Parkpflegewerk stellt eine maßgebliche Säule im Umsetzungsprozess und in der Evaluierung des Antragsvorhabens dar.

Kunstgut

In enger betriebsinterner Zusammenarbeit zwischen Konservatoren und Restauratoren wird das Kunstgut konservatorisch betreut. Grundlage bilden die Inventare der Objekte, die auch 2006 weiter vervollständigt und verfeinert wurden.

Service Center

In den großen SSG-Objekten Heidelberg und Schwetzingen wurde der Führungsbetrieb nach einer Ausschreibung an eine Fremdfirma vergeben. Dieses Outsourcing von Serviceleistungen dient der Einsparung von Personal und soll bei weiteren Objekten vorgenommen werden.

Fachaufgaben Grundlagenarbeit

Bauberatung Dritter

Als eine von Förderbehörden und Trägern unabhängige, baufachlich kompetente Beratungs- und Prüfinstanz leistet der Landesbetrieb einen wichtigen Beitrag zur gesetzeskonformen und wirtschaftlichen Verwendung öffentlicher Mittel.

2006 wurden für die Förderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) insgesamt 28 Förderanträge über 475 Mio. Euro zur Prüfung vorgelegt, was einer Steigerung von über 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Das geprüfte Fördervolumen stieg entsprechend auf 232 Mio. Euro. Diese Steigerung ist vor allem auf das Großprojekt der neuen Kinder- und Frauenklinik in Stuttgart mit einer Bausumme von insgesamt rund 290 Mio. Euro zurückzuführen.

Im Bereich der sogenannten Zuwendungsmaßnahmen betrug das geprüfte Fördervolumen 125 Mio. Euro für 25 Zuwendungsmaßnahmen. Bei neun Maßnahmen wurde das Förderverfahren mit der Prüfung der Verwendungsnachweise und einem Gesamtvolumen von 28 Mio. Euro abgeschlossen.

Bedarfs- und Kostenplanung

Vermögen und Bau Baden-Württemberg hat mit der Bedarfs- und Kostenplanung Arbeits- und Planungshilfen geschaffen, die sicherstellen, dass Gebäude wirtschaftlich ausgelegt, gebaut und betrieben werden können. Hiervon profitiert nicht nur die eigene Verwaltung, sondern auch der Nutzer der einzelnen Fachressorts, der mit fundiertem Grundlagenwissen unterstützt wird. In diesem Zusammenhang werden neue Sollkennwerte entwickelt und Erfahrungen und Erkenntnisse analysiert, zusammengestellt und fortgeschrieben, die aus der Erstellung und Nutzung von Gebäuden gewonnen werden.

Viele Produkte, gerade im Bereich der Kostenplanung, werden mittlerweile in den meisten Bauverwaltungen der Länder und des Bundes und bei freiberuflich tätigen Architekten und Ingenieuren eingesetzt, um zweckmäßige und wirtschaftliche Lösungen zu erreichen. Der Rechnungshof Baden-Württemberg hat in früheren Jahren schon festgestellt, dass die Anwendung des „Instrumentenkastens“ der Grundlagenarbeit eine jährliche Einsparung von rund 60 Mio. Euro erwirtschaftet.

Energiebericht 2000 bis 2004

Der Umgang mit Energie ist zentrales Thema in der öffentlichen Diskussion. Der Bürger verlangt vom Staat Rechenschaft über den Umgang mit Energie und Wasser. Schon seit Jahren erfasst die Staatliche Vermögens- und Hochbauverwaltung Verbräuche, Kosten und CO_2-Emissionen für die Landesgebäude in Baden-Württemberg. Die Ergebnisse werden fortlaufend in umfangreichen Energieberichten veröffentlicht. 2006 erschien der Energiebericht über die Jahre 2000 bis 2004.

Demnach ist der Wärmeverbrauch der Universitäten, Universitätskliniken und insbesondere der sonstigen Landesgebäude rückläufig – eine Folge der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Allerdings sind die Wärmekosten aufgrund der Preiserhöhungen deutlich gestiegen.

Für den Strom zeigt sich trotz aller Einsparbemühungen beim Verbrauch und den Kosten immer noch eine steigende Tendenz. Dies ist vor allem auf die umfangreichere technische Ausstattung im Labor- und Medizin- sowie im DV-Bereich mit Servern, dazugehörigen Klimaanlagen, Einzelplatz-PCs und Druckern zurückzuführen, aber auch auf zusätzliche Flächen in neuen Gebäuden. Die Nutzungszeiten der Beleuchtung und der DV-Ausstattung steigen durch verlängerte Arbeitszeiten. Dieser Tendenz soll in Zukunft durch Abschalten nicht benutzter Geräte und vor allem der Beleuchtung entgegengewirkt werden.

Der Wasserverbrauch und die Wasserkosten sind nahezu konstant.

Durch energetische Optimierung im Bestand, das Anlagen- und Energiecontrolling sowie die Errichtung energieeffizienter Bauten – wo möglich unter Einsatz erneuerbarer Energien – sank der absolute Wärmeverbrauch und mit ihm die CO_2-Emission bis 2004 auf etwa 461.000 Tonnen jährlich. Dies entspricht einer Reduzierung gegenüber 2000 um etwa sieben Prozent und gegenüber 1990 um etwa 25 Prozent.

Personal

Zum 31. Dezember 2006 waren im Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg 1.682 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Hinzu kommen 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die beurlaubt waren bzw. sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befanden.

Im Bereich der Staatlichen Schlösser und Gärten wurden, wie bereits im Vorjahr, vorwiegend für den Führungsbetrieb zusätzlich 260 Aushilfskräfte mit Saisonverträgen beschäftigt.

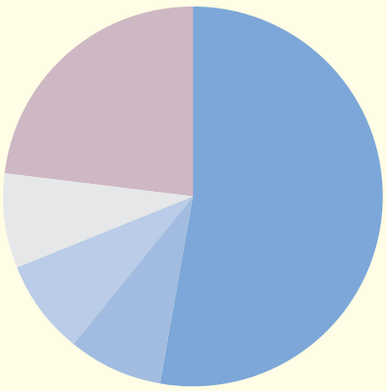
Der Landesbetrieb beendete das Geschäftsjahr 2006 mit folgender Mitarbeiterstruktur (Personen ohne Beurlaubte):

Beamte	753
Angestellte	831
Arbeiter	98
Gesamt	**1.682**

Gegenüber dem Berichtsjahr 2005 verringerte sich der Personalbestand um 51 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Rahmen von Stellenstreichungen wurden im Geschäftsjahr 21 Stellen abgebaut. Dies erfolgte durch Verzicht auf Nachbesetzungen, beispielsweise bei Altersabgängen.

2006 gingen im Landesbetrieb nahezu 1.600 Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz ein. 167 junge Menschen absolvierten zum Stichtag 31. Dezember 2006 eine Ausbildung.

Personalverteilung auf die Aufgaben



Ausbildung im Geschäftsjahr 2006

Baureferendare (höherer bautechnischer Dienst)	4
Bauoberinspektoranwärter (gehobener bautechnischer Dienst)	17
Regierungsinspektoranwärter (gehobener nichttechnischer Dienst)	79
Regierungssekretäranwärter (mittlerer nichttechnischer Dienst)	19
Auszubildende	48
Gesamt	**167**

Bedarfsgerechte Fortbildung hat einen hohen Stellenwert im Landesbetrieb. So konnten 2006 mehr als 1.000 Teilnehmer durch Seminare, Schulungen und Dienstbesprechungen ihre persönlichen und fachlichen Qualifikationen erhöhen.

Vergaben

Der Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg legt als öffentlicher Auftraggeber größten Wert auf die Einhaltung des Wettbewerbs, die Transparenz der Vergabeverfahren sowie die Gleichbehandlung der Wettbewerbsteilnehmer.

Vergabeverfahren auf Grundlage der VOB/A und VOL/A

2006 wurden 3.010 nationale, formgebundene Vergabeverfahren (ohne Verfahren < 10.000 Euro) sowie 230 europaweite Ausschreibungen durchgeführt. Das Gesamtauftragsvolumen betrug insgesamt über 500 Mio. Euro.

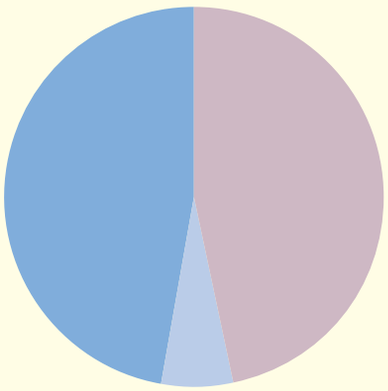
Die Öffentliche Ausschreibung bzw. das Offene Verfahren war bei einem Auftragswert über 10.000 Euro das Regelverfahren. Die Qualität bei der Ausschreibung und der Vergabe, insbesondere von Bauleistungen, konnte weiter gesteigert werden. Durch eine weitgehend fachlosweise Ausschreibung und Vergabe der Leistungen wird der mittelständischen Struktur des Landes Rechnung getragen.

Gesamtauftragsvolumen nach Arten der Vergabe

europaweite Verfahren
Offenes Verfahren
Nichtoffenes Verfahren
Verhandlungsverfahren

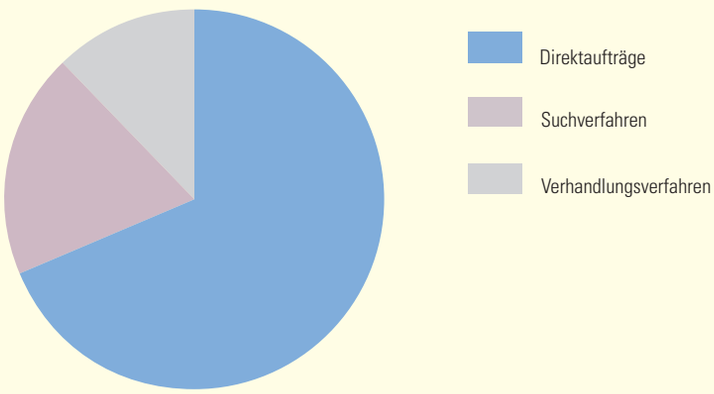
nationale Verfahren
Öffentliche Ausschreibungen
Beschränkte Ausschreibungen
nach Teilnahmewettbewerb
Beschränkte Ausschreibungen
Freihändige Vergaben

Kleinaufträge < 10.000 Euro
Bestellscheinverfahren



Vergabeverfahren für freiberufliche Leistungen sowie Nachprüfungsverfahren

2006 wurden für freiberufliche Leistungen 1.606 Aufträge mit einem Auftragsvolumen von rund 24 Mio. Euro erteilt. In europaweiten Verfahren nach VOF wurden hierfür 17 Auftragnehmer ausgewählt, 90 Auftragnehmer in Verfahren nach den Richtlinien für die Beteiligung freiberuflich Tätiger (RifT).



Alle europaweiten Vergabeverfahren bieten wenig Anlass für Auseinandersetzungen. 2006 wurden fünf Nachprüfungsverfahren beantragt. Von diesen haben die Antragsteller in zwei Fällen ihren Antrag wieder zurückgenommen, in einem Fall das Land. In den übrigen Fällen hat die Vergabekammer zugunsten des Landes entschieden. Zudem wurde eine für das Land positive Entscheidung aus dem Jahr 2005 in zweiter Instanz durch das OLG Karlsruhe bestätigt.

Ausblick und Wirtschaftlichkeit

Ausblick
Vor dem Hintergrund des von der Landesregierung angestrebten ausgeglichenen Haushalts steht der Landesbetrieb vor der anspruchsvollen Aufgabe, ein umfassendes Modernisierungs- und Sanierungsprogramm, insbesondere im Bereich der Hochschulgebäude, bei gleichzeitig weitergehendem Personalabbau umzusetzen.

Die hoch installierten Institutsgebäude der Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie die gestiegenen Anforderungen im Umwelt- und Sicherheitsbereich stellen besondere Herausforderungen für das Bau- und Gebäudemanagement dar. Als Beispiele können der Brandschutz, die Wärmedämmung sowie die Lüftungs- und Heizungstechnik genannt werden.

Wichtige Themen bleiben weiterhin die zweckmäßige und bedarfsgerechte Unterbringung der Landeseinrichtungen, die Prüfung neuer Finanzierungsformen und die Schaffung zusätzlicher Anreize, um die Nutzer stärker in die Kostenverantwortung einzubinden.

Vermögen und Bau Baden-Württemberg wird mit seinen qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterhin die Vorgaben der Landesregierung im Immobilien- und Baubereich umsetzen und die Aufgaben mit einem Höchstmaß an Wirtschaftlichkeit erledigen.

Baumanagement

Den Bauausgaben in Höhe von 434 Mio. Euro (ohne insgesamt 47 Mio. Euro für Dritte und Maßnahmen aus Wirtschaftsplänen) stehen Aufwendungen in Höhe von 54 Mio. Euro für Personal- und Sachkosten gegenüber. Die Quote von Aufwand zu Bauausgaben beträgt damit 12,47 Prozent und konnte gegenüber dem Vorjahr (13,32 Prozent) um fast ein Prozent verbessert werden.

Kap. 1208, 1220, 1221	EUR
Bauunterhalt	135.102.378
Kleine Baumaßnahmen	21.634.377
Große Baumaßnahmen - GBM	
Einzeltitel/Sammeltitel	160.984.776
Baufinanz/Sonderbauprogramme	84.785.462
Zukunftsoffensive II	1.464.368
Zukunftsoffensive III	30.602.440
Dritte	
Wirtschaftsplan	29.099.021
Drittmittel	18.198.992
Summe	**481.871.814**

Gebäudemanagement

9,5 Mio. m² Nettogrundrissfläche (NGF) stehen 167 Mio. Euro Aufwendungen für Personal, Sachaufwand, kalkulatorische Miete und Betriebskosten gegenüber. Die Quote von Aufwand zu NGF beträgt 17,57 Euro/m²/Jahr (Vorjahr: 16,64 Euro/m²).

Die Steigerung in Höhe von sechs Prozent lässt sich auf die Preissteigerung im Energiesektor zurückführen. Die Kosten für die Energiebewirtschaftung liegen im Haushaltsjahr 2006 mit 77 Mio. Euro um 7,8 Mio. Euro über den Aufwendungen von 2005. Die Steigerung entspricht 11,35 Prozent. Dagegen sind die Sach- und Personalkosten im Bereich Gebäudebewirtschaftung von 8,9 Mio. Euro im Vorjahr auf 8,8 Mio. Euro in 2006 leicht gesunken.

Immobilienmanagement

Im Bereich des Immobilienmanagements beträgt der Gesamtumsatz 360 Mio. Euro (Vorjahr: 334 Mio. Euro). Der Betrag setzt sich hauptsächlich zusammen aus Mietausgaben 104 Mio. Euro, Mieteinnahmen 45 Mio. Euro, Einnahmen Grundstücksverkehr – vorwiegend Erlöse aus dem Verkauf entbehrlicher Liegenschaften – 155 Mio. Euro. Der Personal- und Sachaufwand beläuft sich für den Bereich des Immobilienmanagements auf insgesamt 9,7 Mio. Euro.

Kap. 1209 und Grundstock	EUR
Einnahmen	
Mieteinnahmen	45.100.440
Pachteinnahmen (in 1 enthalten)	0
Erlöse aus der Veräußerung von Immobilien	155.946.836
sonstige Einnahmen (z. B. Einräumung von Grunddienstbarkeiten plus Erbbauzinsen)	8.823.870
Einnahmen insgesamt	**209.871.146**
Ausgaben	
Erwerb von Immobilien	25.278.687
Miete und Pacht	104.087.109
Gebäudebewirtschaftungskosten	159.116.773
sonstige Ausgaben	20.985.045
Anwaltskosten (in 4 enthalten)	0
Ausgaben insgesamt	**309.467.614**

Die Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit zeigt sich vor allem im Bereich des Grundstücksverkehrs. Der Umsatz in diesem Bereich beträgt 181 Mio. Euro. Bei einer am Markt üblichen Maklercourtage von 3,5 Prozent (Untergrenze) wäre ein Aufwand in Höhe von 6,3 Mio. Euro (Vorjahr: 5,6 Mio. Euro) entstanden. Von den 9,7 Mio. Euro Sach- und Personalaufwand entfallen dagegen im Landesbetrieb nach der Kosten- und Leistungsrechnung lediglich 3 Mio. Euro (Vorjahr: 2,5 Mio. Euro) auf den Grundstücksverkehr. Damit beträgt der Aufwand des Betriebs nur rund die Hälfte im Vergleich zu einer Vergabe an den Markt.

Bei der Grundstücksverwaltung liegen die Personal- und Sachausgaben im Jahr 2006 bei 2,3 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro), bei der sonstigen Vermögensverwaltung bei 1,5 Mio. Euro (Vorjahr: 3,1 Mio. Euro).

Der Landesbetrieb konnte im Immobilienmanagement trotz gestiegener Umsätze die Personal- und Sachkosten leicht senken und damit auch in diesem Bereich gegenüber dem Vorjahr seine Ergebnisse weiter verbessern.

Haushalt

1 Bilanz

Aktiva	31.12.2006		01.01.2006	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. **Anlagevermögen**				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Lizenzen an Rechten und Werten	48.609,00		56.880,00	
2. Erworbene Software	27.321,00	75.930,00	26.105,00	82.985,00
II. Sachanlagen				
1. Technische Anlagen und Maschinen	351.278,00		410.945,00	
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.677.060,00		4.342.705,00	
3. Verrechnung Anlagenzugang	91.463,00	4.119.801,00	0,00	4.753.650,00
		4.195.731,00		4.836.635,00
B. **Umlaufvermögen**				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		231.869,92		176.442,80
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.018.177,60		221.456,25	
2. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	365.060,52		867.165,44	
3. Forderungen geg. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		13.845.986,38	
4. Forderungen Umsatzsteuer	0,00	1.383.238,12	0,00	14.934.608,07
III. Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		11.833.615,30		26.416,60
		13.448.723,34		15.137.467,47
C. **Rechnungsabgrenzungsposten**		23.411,18		7.116,24
D. **Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag**		31.950.625,77		32.631.768,33
Summe Aktiva		**49.618.491,29**		**52.612.987,04**

Passiva		31.12.2006 EUR	01.01.2006 EUR
A.	**Eigenkapital**		
	Nettoposition	0,00	0,00
	Gewinnrücklagen	0,00	0,00
	Vortrag aus Vorperioden	0,00	0,00
	Ergebnisvortrag	90.544.151,05	0,00
	Entnahmen aus Gewinn-Rücklagen	0,00	0,00
	Einstellungen in Gewinn-Rücklagen	0,00	0,00
	Bilanzverlust	90.544.151,05	0,00
	Bilanzgewinn	0,00	0,00
		0,00	0,00
B.	**Sonderposten Kostenerstattungen invest. Bereich**	4.104.268,00	4.836.635,00
C.	**Sonstige Rückstellungen**	17.122.232,65	16.458.535,68
D.	**Verbindlichkeiten**		
	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.441.262,73	216.228,37
	2. Sonstige Verbindlichkeiten	73.397,63	186.989,88
	3. Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen	26.527.531,81	30.851.610,98
	4. Verbindlichkeiten Umsatzsteuer	309.354,79	36.078,55
		28.351.546,96	31.290.907,78
E.	**Rechnungsabgrenzungsposten**	40.443,68	26.908,58
	Summe Passiva	**49.618.491,29**	**52.612.987,04**

2 Gewinn- und Verlustrechnung

		01.01.–31.12.2006 EUR		01.01.–31.12.2005 EUR	
1.	**Umsatzerlöse**		12.811.036,25		101.261.869,06
	Umsatzerlöse	7.437.816,49		6.827.148,50	
	Erträge aus Vermietung und Verpachtung	5.306.009,22		5.099.026,07	
	Erträge aus Leistungsabgeltung	0,00		89.274.673,06	
	Sonstige Umsatzerlöse	67.210,54		61.021,43	
2.	**Sonstige betriebliche Erträge**		5.195.138,52		5.589.885,20
	Exigenzen	2.227.427,27		2.995.849,45	
	Weitere sonstige betriebliche Erträge	2.967.711,25		2.594.035,75	
3.	**Materialaufwand**		6.963.291,60		6.224.399,44
	„Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren“	511.728,39		439.479,12	
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.451.563,21		5.784.920,32	
4.	**Personalaufwand**		93.528.250,43		93.582.101,44
	Löhne und Gehälter	67.860.890,38		69.578.101,62	
	Sonstige Personalaufwendungen	546.743,95		496.770,47	
	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	19.620.642,42		20.332.326,30	
	Beihilfen	2.009.947,50		1.893.596,44	
	Sonstiger Sozialaufwand	3.490.026,18		1.281.306,61	
5.	**Abschreibungen**		1.780.774,86		1.635.344,62
6.	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**		5.748.446,79		5.059.706,91
7.	**Zinsen und ähnliche Aufwendungen**		519.602,55		348.344,33
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-90.534.191,46		1.857,52
8.	**Außerordentliche Erträge**		12.061,23		11.084,59
	Außerordentliche Aufwendungen		13.103,34		0,00
	Außerordentliches Ergebnis		-1.042,11		11.084,59
9.	**Sonstige Steuern**		8.917,48		12.942,11
	Jahresüberschuss		-90.544.151,05		0,00

3 Anhang

Allgemeine Erläuterungen
Der Jahresabschluss zum 31.12.2006 erfolgt gemäß § 74 Landeshaushaltsordnung (LHO) nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches. Sofern landesrechtliche Regelungen vom Handelsrecht abweichende Bestimmungen enthalten, werden diese berücksichtigt.
Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren gewählt.

3.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten erfasst und linear über ihre Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben.
Bei der Festlegung der Nutzungsdauer für abnutzbare Vermögensgegenstände wird die landeseinheitliche und vom Finanzministerium bekannt gemachte Nutzungsdauertabelle zugrunde gelegt.
Entgeltlich erworbene geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) der immateriellen Vermögensgegenstände werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben.
Sachanlagen werden zu Anschaffungs-/Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet.
Den planmäßigen Abschreibungen liegt die vom Finanzministerium bekannt gemachte Nutzungsdauertabelle (s. o.) zugrunde.
Die geringwertigen Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben.
Vorräte werden zu Anschaffungs-/Herstellungskosten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips bilanziert.
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nennwert bilanziert.
Liquide Mittel werden zum Nennwert angesetzt.

Passiva

Rückstellungen werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme gebildet.
Eine Rückstellung für Verpflichtungen aus Beamtenpensionen wird aufgrund der Vorgaben des Finanzministeriums nicht gebildet. Der Landesbetrieb wird nach § 26 LHO durch die Zahlung eines zurzeit gültigen 30-prozentigen Versorgungszuschlags an das LBV von den entsprechenden Verpflichtungen befreit (vgl. VwV-Haushaltsvollzug 2006 vom 21. Dezember 2006, Ziff. 12.3). Die 30 Prozent beziehen sich dabei auf die ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge der planmäßigen Beamten.

Die Verbindlichkeiten werden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

3.2 Erläuterungen zur Schlussbilanz 2006

Anlagevermögen
Die Entwicklung der Anlageposten im Jahr 2006 ergibt sich aus dem Anlagespiegel.

Umlaufvermögen
Vorräte
Beim Vorratsvermögen in Höhe von TEUR 231 (Schlussbilanz 2005: TEUR 176) handelt es sich im Wesentlichen um Toner, Druckerpatronen, Papier und Reinigungsmittel.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände
Sämtliche Forderungen des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.
Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 1.018 (Schlussbilanz 2005: TEUR 221) umfassen im Wesentlichen solche aus Vermietung und Verpachtung.
Die sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 365 (Schlussbilanz 2005: TEUR 867) umfassen hauptsächlich Ersatzleistungen vom Landesbetrieb Bundesbau Baden-Württemberg, die debitorischen Kreditoren, das zum Bilanzstichtag bestehende Guthaben der Porto-Freistempler sowie ein Guthaben bei der Deutschen Bahn AG aus einem Abonnement.
Im Zusammenhang mit dem landesinternen Cash-Pooling wurden in der Schlussbilanz 2005 Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von TEUR 13.846 ausgewiesen. Nach Auffassung des Finanzministeriums Baden-Württemberg stellen diese Beträge keine Forderungen dar, weil sie dem Landesbetrieb trotz Cash-Pooling auf dem Betriebsmittelkonto zur Verfügung stehen. Die vom Cash-Pooling betroffenen Beträge werden deshalb ab dem Haushaltsjahr 2006 unter dem Punkt „Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten“ ausgewiesen.

Flüssige Mittel
Die liquiden Mittel in Höhe von TEUR 11.833 (Schlussbilanz 2005: TEUR 26) umfassen Guthaben bei Kreditinstituten sowie die Bestände der Zahlstellen, Handvorschüsse und Geldannahmestellen. Die Abweichung gegenüber der Schlussbilanz 2005 ist bedingt durch die Umgruppierung der vom Cash-Pooling betroffenen Beträge.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 23 betreffen hauptsächlich Zeitungen, Porto und Kfz-Steuer.

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Das Eigenkapital setzt sich aus der Nettoposition als fortgeschriebene Differenz zwischen Vermögensgegenständen und Schulden sowie Rechnungsabgrenzungsposten zusammen. Da die Schulden des Landesbetriebs am 31. Dezember 2006 das Vermögen übersteigen, ergibt sich in der Schlussbilanz ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von TEUR 31.950 (Schlussbilanz 2005: TEUR 32.632).

Sonderposten für Kostenerstattung investiver Bereich

Beim Zugang von Anlagevermögen wird in voller Höhe als Gegenposition der Sonderposten für Kostenerstattungen investiver Bereich gebucht. Über den Zeitraum der Nutzungsdauer der Anlagen wird der Sonderposten in Höhe der Abschreibungen ertragserhöhend aufgelöst. Hieraus ergibt sich ein Sonderposten für Kostenerstattung investiver Bereich in Höhe von TEUR 4.104 (Schlussbilanz 2005: TEUR 4.837).
Das Finanzministerium hat angeordnet, dass Zuführungsraten künftig als Kapitalerhöhungen zu behandeln sind. Ab Juli 2007 wird deshalb beim Zugang von Anlagevermögen kein Sonderposten für Kostenerstattungen investiver Bereich mehr gebucht.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen gliedern sich in die folgenden Positionen:

	31.12.2006 TEUR	01.01.2006 TEUR
für Resturlaub	7.201	5.216
für Altersteilzeitverpflichtungen	5.455	5.373
für Verpflichtungen aus Jubiläumszahlungen	384	369
für Prozesskosten	138	36
für Verpflichtungen aus Umsatzsteuer	0	0
für ausstehende Rechnungen	3.944	5.451
für Jahresabschlusskosten	0	14
Gesamtsumme sonstige Rückstellungen	**17.122**	**16.459**

Die Rückstellungen für ausstehende Rechnungen bestehen hauptsächlich aus TEUR 3.805 für die Dezember-Vergütungen der Angestellten.

Verbindlichkeiten

Sämtliche Verbindlichkeiten mit Ausnahme der Darlehen des Landes Baden-Württemberg an die Betriebe gewerblicher Art (BgA) des Landesbetriebs haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen in der Summe TEUR 1.441 (Schlussbilanz 2005: TEUR 216) und bestehen im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten für IuK-Dienstleistungen, Leistungen für Telekommunikation, Rückzahlung innerbetrieblicher Darlehen, Schlossmarketing, Schlossführungen, Wach- und Schutzdienste, Grünpflege im Schlossbereich sowie sonstigen Reparaturarbeiten.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 73 (Schlussbilanz 2005: TEUR 187) umfassen im Wesentlichen die kreditorischen Debitoren sowie übrige sonstige Verbindlichkeiten (Rückführung von investiven Mitteln in Höhe von TEUR 68 in den kameralen Bereich).

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 26.528 (Schlussbilanz 2005: TEUR 30.852) bestehen in Höhe von TEUR 21.277 aus seitens des Landes an die BgA gewährten Restdarlehen sowie nicht ausgegebenen erhaltenen Anzahlungen des Landes in Höhe von TEUR 5.251 (TEUR 4.340 aus Buchungskreis 0602 abzüglich TEUR 374 Forderungen bezüglich Exigenzen, TEUR 775 Wett- und Spielbankmittel aus Buchungskreis 0603 und Verbindlichkeiten gegenüber dem Landesbetrieb Bundesbau Baden-Württemberg für die Vermessungsgruppe in Höhe von TEUR 136).

Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer

Die Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer in Höhe von TEUR 309 (Schlussbilanz 2005: TEUR 36) ergeben sich aus den Geschäftsvorfällen der BgA.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 40 (Schlussbilanz 2005: TEUR 21) ergeben sich hauptsächlich aus Vermietung und Verpachtung.

3.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Der Landesbetrieb hat in der Schlussbilanz zum 31.12.2005 einen Teil der Zuführungsraten ertragswirksam aufgelöst. In der Schlussbilanz 2006 sind die Zuführungsraten auf Weisung des Finanzministeriums Baden-Württemberg als Kapitalerhöhung zu buchen. Dies führt in der Gewinn- und Verlustrechnung zu einer Reduzierung der Umsatzerlöse und damit zu einem Verlust.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2006 belaufen sich auf insgesamt TEUR 12.811 und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2006 TEUR	01.01.2006 TEUR
Umsatzerlöse (insbes. aus Eintrittsgeldern für die Staatlichen Schlösser und Gärten)	7.438	6.827
Erträge aus Vermietung und Verpachtung (insbesondere aus der Verpachtung von Gaststätten und der Vermietung von Schlossräumen)	5.306	5.099
Erträge aus Zuschüssen des Landes	0	89.275
Erlöse aus Handelswaren und Kommissionswaren	1	6
Parkgebühren	66	55
Gesamtsumme Umsatzerlöse	**12.811**	**101.262**

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf insgesamt TEUR 5.195 (Schlussbilanz 2005: TEUR 5.590). Hierin enthalten sind im Wesentlichen die Erträge

- aus Personalkostenerstattungen Dritter für Leistungen im Baubereich in Höhe von TEUR 2.227 (Schlussbilanz 2005: TEUR 2.996),
- aus Erstattungen der Parkraumbewirtschaftungs GmbH und der Landesstiftung in Höhe von TEUR 819 (Schlussbilanz 2005: TEUR 744),
- aus der Auflösung des Sonderpostens für Kostenerstattungen investiver Bereich in Höhe von TEUR 1.780 (Schlussbilanz 2005: TEUR 1.635),
- aus Erstattungen der Mitarbeiter und für sonstige Leistungen in Höhe von TEUR 263 (Schlussbilanz 2005: TEUR 126) und
- aus Gestattungen in Höhe von TEUR 88 (Schlussbilanz 2005: TEUR 80).

Materialaufwand

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren

Die Aufwendungen betragen TEUR 511 (Schlussbilanz 2005: TEUR 439). Hierin enthalten sind im Wesentlichen die Aufwendungen für den Bezug von Rohstoffen, Fertigungsmaterial und Vorprodukte in Höhe von TEUR 283 (Schlussbilanz 2005: TEUR 264) und die Aufwendungen für den Bezug von Waren in Höhe von TEUR 216 (Schlussbilanz 2005: TEUR 166).

Aufwendungen für bezogene Leistungen

Die Aufwendungen für die bezogenen Leistungen betragen TEUR 6.948 (Schlussbilanz 2005: TEUR 5.785). Diese Aufwendungen sind im Wesentlichen zurückzuführen auf solche für

- die Entwicklung von EDV-Programmen und Sachverständigengutachten in Höhe von TEUR 988 (Schlussbilanz 2005: TEUR 1.145),
- die Öffentlichkeitsarbeit in Höhe von TEUR 1.116 (Schlussbilanz 2005: TEUR 444),
- die Grünflächenpflege in Höhe von TEUR 1.700 (Schlussbilanz 2005: TEUR 1.580),
- sonstige Fremdleistungen in Höhe von TEUR 1.852 (Schlussbilanz 2005: TEUR 1.252) und
- die Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung in Höhe von TEUR 496 (Schlussbilanz 2005: TEUR 718).

Personalaufwand

Löhne und Gehälter

Die Aufwendungen für die Löhne und Gehälter betragen TEUR 68.408 (Schlussbilanz 2005: TEUR 70.075). Diese umfassen im Wesentlichen die Vergütungen in Höhe von TEUR 29.761 (Schlussbilanz 2005: TEUR 30.980) und die Beamtenbezüge in Höhe von TEUR 29.906 (Schlussbilanz 2005: 29.542).

Sozialaufwand

Die Sozialaufwendungen betragen TEUR 25.121 (Schlussbilanz 2005: TEUR 23.507). Sie bestehen im Wesentlichen aus dem Versorgungszuschlag in Höhe von TEUR 9.132 (Schlussbilanz 2005: TEUR 9.068), aus dem Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung in Höhe von TEUR 7.599 (Schlussbilanz 2005: TEUR 7.901) und aus Beihilfen für Beamte in Höhe von TEUR 2.010 (Schlussbilanz 2005: TEUR 1.893).

Abschreibungen

Die Abschreibungen betragen TEUR 1.781 (Schlussbilanz 2005: TEUR 1.635). Sie umfassen im Wesentlichen Abschreibungen für EDV-Anlagen in Höhe von TEUR 79 (Schlussbilanz 2005: TEUR 73), für Werkzeuge, Werkgeräte und Modelle in Höhe

von TEUR 77 (Schlussbilanz 2005: TEUR 74), für den Fuhrpark in Höhe von TEUR 70 (Schlussbilanz 2005: TEUR 76), für sonstige Betriebsausstattung in Höhe von TEUR 209 (Schlussbilanz 2005: TEUR 192), für Büromöbel und die sonstige Geschäftsausstattung in Höhe von TEUR 641 (Schlussbilanz 2005: TEUR 600), für Büromaschinen und Organisationsmittel in Höhe von TEUR 356 (Schlussbilanz 2005: TEUR 381) und für geringwertige Güter der Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von TEUR 300 (Schlussbilanz 2005: TEUR 189).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen TEUR 5.252 (Schlussbilanz 2005: TEUR 5.059) und umfassen unter anderem Aufwendungen für

- Mieten, Pachten in Höhe von TEUR 52 (Schlussbilanz 2005: TEUR 19),
- Leasing von Fahrzeugen in Höhe von TEUR 45 (Schlussbilanz 2005: TEUR 31),
- Leasing von EDV-Ausstattung in Höhe von TEUR 115 (Schlussbilanz 2005: TEUR 35),
- Leasing von Kopiergeräten in Höhe von TEUR 204 (Schlussbilanz 2005: TEUR 222),
- Leasing von Leiharbeitskräften in Höhe von TEUR 33 (Schlussbilanz 2005: TEUR 61),
- Prüfung und Beratung in Höhe von TEUR 63 (Schlussbilanz 2005: TEUR 83),
- Anwaltskosten in Höhe von TEUR 157 (Schlussbilanz 2005: TEUR 13),
- Büromaterial in Höhe von TEUR 183 (Schlussbilanz 2005: TEUR 159),
- Zeitungen und Fachliteratur in Höhe von TEUR 165 (Schlussbilanz 2005: TEUR 157),
- aus Wett- und Spielbankmitteln für die Staatlichen Schlösser und Gärten finanzierte Leistungen in Höhe von TEUR 2.098 (Schlussbilanz 2005: TEUR 2.443),
- Porto, Versandkosten und Zustelldienste in Höhe von TEUR 240 (Schlussbilanz 2005: TEUR 213),
- Telekommunikation in Höhe von TEUR 233 (Schlussbilanz 2005: TEUR 289),
- Verbrauchsmaterial EDV in Höhe von TEUR 353 (Schlussbilanz 2005: TEUR 208),
- sonstiges Verbrauchsmaterial in Höhe von TEUR 626 (Schlussbilanz 2005: TEUR 527) und
- Reisekosten in Höhe von TEUR 511 (Schlussbilanz 2005: TEUR 543),
- Verluste aus Abgang von Vermögensgegenständen in Höhe von TEUR 56 (Schlussbilanz 2005: TEUR 0) und
- Kostenerstattungen an Gebietskörperschaften in Höhe von TEUR 136 (Schlussbilanz 2005: TEUR 0).

Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betragen TEUR 520 (Schlussbilanz 2005: TEUR 348) und bestehen aus Aufwendungen für Zinsen aus innerbetrieblichen Darlehen der Betriebe gewerblicher Art.

Außerordentliche Erträge
Die außerordentlichen Erträge betragen TEUR 12 (Schlussbilanz 2005: TEUR 11) und bestehen überwiegend aus Beiträgen zum Fischbesatz.

Außerordentliche Aufwendungen
Die außerordentlichen Aufwendungen betragen TEUR 13 (Schlussbilanz 2005: TEUR 0) und bestehen überwiegend aus dem Aufwand für eine TK-Anlage.

Steuern
Die Aufwendungen für Steuern betragen TEUR 9 (Schlussbilanz 2005: TEUR 13) und ergeben sich zum überwiegenden Teil aus der Kraftfahrzeugsteuer.

3.4 Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse, die nicht in der Schlussbilanz ausgewiesen sind
Entsprechende Haftungsverhältnisse bestehen beim Landesbetrieb Vermögen und Bau nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen
Zum Stichtag der Schlussbilanz bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von TEUR 5.910 (Schlussbilanz 2005: TEUR 1.777). Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Verpflichtungen aus langjährigen Miet-, Leasing- sowie Wartungsverträgen. Der Unterschiedsbetrag zwischen den Jahren 2005 und 2006 resultiert im Wesentlichen aus den neu abgeschlossenen Verträgen in den Schwerpunktämtern der Staatlichen Schlösser und Gärten. Im Amt Ludwigsburg wurde ein Vertrag für die Aufsichtsdienste in den Museen abgeschlossen. Im Amt Mannheim wurden Verträge geschlossen für Hotline, Führungen, Kassendienste sowie Geldtransporte.

Leiter des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg ist Direktor Armin-Hagen Berberich.

Stuttgart, 25. Juni 2007
Vermögen und Bau Baden-Württemberg

gez. Armin-Hagen Berberich	gez. Wolfgang Lichner
Direktor	Betriebliches
Landesbetrieb	Rechnungswesen

4 Zustimmung des Finanzministeriums zur Schlussbilanz 2006

Das Finanzministerium stimmt der Schlussbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung 2006 des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg in der mit Schreiben vom 25. Juni eingegangenen Fassung zu.

Stuttgart, 26. Juli 2007

Gollong
Finanzministerium Baden-Württemberg

5 Anlagen des Landesbetriebs

Entwicklung des Anlagevermögens (Bruttodarstellung)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	01.01.2006 EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	31.12.2006 EUR
I. **Immaterielle Vermögensgegenstände**					
Nutzungsrechte und Software	103.094	14.966	0	0	118.060
II. **Sachanlagen**					
1. Technische Anlagen und Maschinen	504.417	39.300	0	0	543.717
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.864.289	1.050.091	0	67.647	6.846.733
	6.368.706	1.089.391	0	67.647	7.390.450
	6.471.800	**1.104.357**	**0**	**67.647**	**7.508.510**

Kumulierte Abschreibungen					Buchwert	
01.01.2006 EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	31.12.2006 EUR	31.12.2006 EUR	01.01.2006 EUR
20.109	22.021	0	0	42.130	75.930	82.985
93.472	98.967	0	0	192.439	351.278	410.945
1.521.584	1.659.786	0	11.697	3.169.673	3.677.060	4.342.705
1.615.056	1.758.753	0	11.697	3.362.112	4.028.338	4.753.650
1.635.165	**1.780.774**	**0**	**11.697**	**3.404.242**	**4.104.268**	**4.836.635**

POLIZEIDIREKTION
OFFENBURG

Impressum

Impressum
Herausgeber
Vermögen und Bau Baden-Württemberg
Betriebsleitung
Rotebühlplatz 30
70173 Stuttgart
Oktober 2007

Grafische Gestaltung
Lahaye Design, Ulm

Druck
Süddeutsche Verlagsgesellschaft, Ulm

Fotonachweis
Titelblatt, Hochschule für Technik und Wirtschaft Aalen, Christian Richters, Münster; Umschlag innen hinten, Ingeborg F. Lehmann, St. Märgen S. 17/21; Umschlag innen vorn, Brigida Gonzales, Stuttgart; Guido Kirsch, Freiburg S. 10/12/18; Martin Duckek, Ulm, S. 14/15/19; Thilo Mechau, Karlsruhe S. 16; Van de Pool, Rastatt, S. 24; Atelier Altenkirch, Karlsruhe S. 22/23/25.

Alle Rechte beim Herausgeber